

Position der CGPT zur Novelle Postgesetz

Die CGPT als Fachgewerkschaft muss nicht in erster Linie die Interessen der Marktteilnehmer berücksichtigen. Im Mittelpunkt unseres Interesses stehen die Beschäftigten im KEP-Markt.

Die Situation ist für die Beschäftigten sehr angespannt und kritisch. Hohe körperliche Belastung, eine zu geringe Bezahlung, fast ständige Wochenendarbeit, Personalmangel und die Tatsache das 60-jährige Kolleginnen und Kollegen in der Zustellung das gleiche Pensum körperlich erledigen müssen wie 30-jährige führt dazu, dass im letzten Jahr so viele Kolleginnen und Kollegen gerade auch beim größten Marktanbieter gekündigt haben wie noch nie.

Um eine zeitnahe Brief- und Paketzustellung auch in Zukunft gewährleisten zu können, muss der Beruf attraktiver gestaltet werden. Dies muss auch bei der Novelle des Postgesetzes berücksichtigt werden, denn wir können über Laufzeiten und Universaldienst reden, aber was nützt es wenn es immer weniger Zusteller und Zustellerinnen gibt? Der Arbeitskräftemangel kann man nicht leugnen.

Daher treten wir dafür ein, dass im novellierten Postgesetz auch auf die Belange der Beschäftigten eingegangen wird.

Der Universaldienst soll künftig an 5 Tagen erbracht werden, und zwar von montags bis freitags für alle Marktanbieter im KEP-Bereich. Samstags findet keine Zustellung statt.

Das gesellschaftliche und familiäre Leben beginnt bei vielen Kollegen*innen am Freitagabend. Daran können Zustellerinnen und Zusteller kaum teilnehmen, da sie nur ganz wenige freie Samstage im Jahresverlauf haben. Dies ist bei vielen Kolleginnen und Kollegen ein Grund zu kündigen bzw. erst gar nicht zu kommen.

Der Stellenwert der Freizeit wächst stetig und gleicht sich dem Stellenwert der Bezahlung rasant an.

Ein weiterer Grund ist das viele Büros, Praxen und Betriebe geschlossen haben. Wenn zwei Tage hintereinander keine Zustellung stattfindet, kann in den Unternehmen der Energieverbrauch wirkungsvoller reduziert werden. Wenn wir die Energiewende wollen, dann wird es auch zu Einschnitten im Servicebereich kommen.

Im Gesetz sollte auch eine Regelung zum Höchstgewicht für Pakete aus Gründen der Gesundheitsvorsorge getroffen werden. Pakete dürfen die maximale Grenze von 20 Kg nicht mehr überschreiten. Dies ohne Toleranz. Gesundheitliche Beeinträchtigung durch Tragen und Heben von Paketen bis 31,5 Kilo trägt die Allgemeinheit der Versicherten. Das ist nicht in Ordnung

Zum Markt geschehen

Die Netzagentur, das Bundeswirtschaftsministerium und der Bundestag sollten sich erklären, ob sie mit der Entwicklung des Briefmarktes zufrieden sind und ob der liberalisierte Markt so geplant war.

Die DPAG ist unbestritten Marktführer und erbringt den Universaldienst. Die Zahl der Mitbewerber und die Zahl der Beschäftigten im Bereich der Mitbewerber sinken deutlich. TNT, später Postcon und heute Xendis ist um mehr als 82% geschrumpft. „Brief und Mehr“ geht am 30.06.23 vom Markt. Die Funke Mediengruppe zieht sich in Thüringen vom Briefmarkt zurück. Andere restrukturieren, werden kleiner bzw. Kurierdienste gehen vom Markt. Der Paketmarkt, aber auch der liberalisierte Telekommunikationsbereich, haben sich anders entwickelt und Wettbewerb deutlich sichtbarer ermöglicht. Hat der Briefmarkt so eine Zukunft?